



Region Freiburg

Kooperation des Stadtkreises Freiburg und der
Landkreise
Breisgau-Hochschwarzwald und
Emmendingen
mit ihren Städten und Gemeinden

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Pressestelle: Stefan Haines, Stadtstraße 2, 79104 Freiburg
Tel.: 0761 / 2187 - 8100, Fax: 0761 / 2187 - 8199
E-Mail: pressestelle@breisgau-hochschwarzwald.de

Presse-Information

Sitzung der AG Rheintalbahn am 14. Februar 2007

Einigkeit bei betroffenen Kommunen:

Zugzahlen für 2030 müssen den Planungen der Rheintalbahn zugrunde gelegt werden

Auf wesentliche Grundlagen für die Planfeststellungsverfahren zum Rheintalbahnausbau haben sich jetzt von den Planungen betroffene Kommunen nördlich des Katzenbergtunnels geeinigt. Auf Einladung der Region Freiburg unter Vorsitz von Landrat Jochen Glaeser hatten sich vergangenen Mittwoch Vertreter der Kommunen entlang der Ausbaustrecke im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald in Freiburg zusammengefunden, neben zahlreichen Bürgermeistern auch die Landräte Klaus Brodbeck, Hanno Hurth und Jochen Glaeser.

Die Vertreter der Kommunen waren sich einig, dass den Planfeststellungsverfahren Zugzahlen für das Jahr 2030 zugrunde gelegt werden müssen. Zugzahlen stellen die wesentliche Basis für die Festlegung von Trassen und der Bemessung von Lärmschutzmaßnahmen dar. Der den Planungen der Bahn jetzt zugrunde gelegte Prognosehorizont 2015 sei angesichts des noch nicht absehbaren Baus des 3. und 4. Gleises und der Äußerungen des Bahnchefs Mehdorn zu zukünftigen Steigerungen im Zugverkehr nicht ausreichend. Daher unterstützen die Kommunen den Regierungspräsidenten von Ungern-Sternberg, der beim Bahngipfel in Offenburg einen Planungshorizont 2030 eingefordert hatte. Die jetzt beim Regierungspräsidium Freiburg anhängigen Verfahren sollten nach Ansicht der Kommunen nicht durchgeführt oder gar abgeschlossen werden, bevor die

Bahn ihre Planungen auf neue Zugzahlen für das Jahr 2030 angepasst habe. Dass die Raumschaft nach wie vor geschlossen zum notwendigen Ausbau der Rheintalbahn steht, stand bei der Sitzung außer Frage.

Weiterhin wurde auf dem Treffen einhellig eine sorgfältige Prüfung der von den Kommunen eingebrachten Alternativen in den Verfahren verlangt. Die Alternativvorschläge reichen von Gleisen in Tieflage bei der sogenannten „Bürgervariante“ im Markgräflerland sowie in Freiburg über vielfältige Trassenvorschläge im Bereich der Riegeler Pforte und der südlichen Ortenau bis hin zu den Tunnelforderungen in Offenburg. Die einzelnen Alternativvorschläge seien mit bemerkenswertem bürgerschaftlichen Engagement und nicht zuletzt erheblichem finanziellen Aufwand für die betroffenen Gemeinden ausgearbeitet worden.

Für die Verfahren beim Regierungspräsidium müssten nun aussagekräftige und nachprüfbar Untersuchungen, Berechnungen und Planungen zu den Alternativen von der Bahn eingefordert werden. Hier erwarten die Kommunen Unterstützung durch den Regierungspräsidenten von Ungern-Sternberg als Verfahrensführer in den jetzt durchzuführenden Anhörungsverfahren. Er hatte angekündigt, dass die Alternativen eine faire Chance erhalten sollten. Hierzu sei erforderlich, dass die Bahn die in Betracht kommenden Varianten in allen Abschnitten in ausreichender Tiefe und Qualität untersucht und bewertet. Zugleich müsse die Transparenz gegenüber den Kommunen und ihren Bürgern hinsichtlich der Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Trassenvorschläge erhöht werden. Nur mit einer fundierten und offenen Behandlung der Alternativvorschläge könne ein umfassender kommunaler Konsens erreicht werden.

Weiterhin konnte Verständigung darüber erzielt werden, dass die abschnittsweise Betrachtung in den Verfahren nicht den Anforderungen an eine ausreichende Gesamtabwägung der unterschiedlichen Alternativvorschläge in den einzelnen Abschnitten gerecht werde. Die Bahn schaffe durch das abschnittsweise Vorgehen Zwangspunkte für die folgenden Abschnitte, so dass bestimmte Varianten außer Betracht gerieten. Daher sei eine Untersuchung, Bewertung und Gesamtabwägung aller ernsthaft in Betracht kommenden Varianten vor Abschluss der Verfahren durch das Regierungspräsidium unabdingbar.

Die kommunalen Vertreter begrüßten die gefundene Verständigung der Gemeinden, der Kreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenau sowie der Städte Freiburg und Offenburg und plädierten ausdrücklich, weiterhin den kommunalen Konsens gegenüber der Bahn aufrecht zu erhalten. „Wir dürfen uns von der Bahn nicht auseinander dividieren lassen“ waren sich alle einig.